

Mit noch mehr Staat gibt es gar keine Klimawende

Stattdessen benötigen wir passende Rahmenbedingungen für eine innovative Energiedienstleistungswirtschaft, die eine effiziente Systemoptimierung durchführt | Von Stephan Kohler

Seit dem 30. November und noch bis 11. Dezember 2015 findet in Paris die 21. UN-Klimakonferenz statt, auf der eine neue Klimaschutzvereinbarung in Nachfolge des Kyoto-Protokolls aus dem Jahr 1997 auf der Tagesordnung steht. Ziel dieser Vereinbarung, die dann 2020 in Kraft treten wird, soll die Festlegung eines weltweiten CO₂-Reduktionspfades sein, der die Erderwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf einen Zuwachs von 2 Grad Celsius beschränkt.

Die derzeitigen Einschätzungen über die Erfolgsaussichten sind sehr unterschiedlich, je nach Interessenslage. Die Klimakonferenz ist für viele Regierungen, Politiker und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) die maßgebliche Veranstaltung, um höchstmögliche Aufmerksamkeit für das Thema Klimaschutz zu erreichen – aber selbstverständlich auch, um sich selbst darzustellen und für die eigene Klientel Lobbyarbeit zu leisten. Deutschland wird sich erneut in der Rolle des Musterschülers präsentieren – kein anderes Land hat schließlich so hohe CO₂-Reduktionsziele und eine so radikale Energiewende beschlossen wie die Bundesrepublik.

Der Zeitpunkt bietet sich also an für eine Bestandsaufnahme genau dessen, wo wir bei der Umsetzung der Energiewende als dem zentralen Vorhaben zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung tatsächlich stehen. Denn – kaum nötig, darauf hinzuweisen – nur wenn sich die Erreichung dieser Ziele auch tatsächlich nachweisen lässt, können und sollten wir uns

Wir sollten bei der UN-Klimakonferenz nicht auftrumpfen wollen, denn die bisherige Bilanz der Energiewende ist ernüchternd.

der Welt als nachahmenswertes Vorbild präsentieren. Um das Ergebnis dieser Bestandsanalyse gleich vorweg zu nennen: Wir sollten in Paris nicht auftrumpfen. Wir sollten im Gegenteil sehr bescheiden auftreten; denn die Fakten sind ernüchternd.

Zur Überprüfung der erreichten Fortschritte bei der Umsetzung der Energiewende werden von der Bundesregierung jährliche Monitoring-Berichte vorgelegt, die dann nochmals von einer Expertenkommission bewertet und kommentiert werden. Rechtzeitig zum Klimagipfel wurde dieser Expertenkommission am 5. November



Der Euref-Campus ist deutschlandweit, aber nur indirekt dadurch bekannt geworden, dass in dem früheren Gasometer auf dem einstigen Gasag-Gelände in Berlin-Schöneberg bis 29. November 2015 vier Jahre lang die Talkshow von Günter Jauch stattfand. Weniger bekannt, wenngleich klimapolitisch nachhaltiger ist, dass es sich bei dem auch von der Technischen Universität Berlin genutzten Gebäudeensemble um ein energieeffizientes Vorzeigeprojekt handelt, das in privatwirtschaftlicher Initiative betrieben wird.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/ZB/KARLHEINZ SCHINDLER

2015 der Entwurf des vierten Monitoring-Berichts vorgelegt. Das Urteil und die Ergebnisse dieser hochdekorierten Expertenkommission sind spannend. Sie stimmen sehr nachdenklich, und sie legen den Schluss nahe, Deutschland täte besser daran, sich – zumindest was den Klimaschutz angeht – weniger in der Rolle des Besserwissers zu gefallen.

Der zentrale Satz der Experten lautet nämlich wie folgt: „Festzustellen ist, dass das zentrale Ziel der Bundesregierung, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, erheblich gefährdet ist.“ Betrachtet man die Fakten, so lässt sich mit Fug und Recht sogar behaupten, dass das Ziel nicht erreicht wird. Für eine Zielerreichung müssten wir bis 2020 alljährlich die CO₂-Emissionen um 27 Millionen Tonnen reduzieren – was gegenüber dem bisher Erreichten eine Verdreifachung bedeuten würde. Gleichzeitig ist der Ausstieg aus der Atomenergie zu kompensieren, weshalb der weitere Ausbau der regenerativen Stromerzeugung bis zum Jahr 2022 zu keiner zusätzlichen CO₂-Reduktion beiträgt.



Stephan Kohler ist Gesellschafter der TU Campus Euref gGmbH, einem An-Institut der TU Berlin, das auf dem Euref-Campus in Berlin-Schöneberg Masterstudiengänge zu „Stadt und Energie“ durchführt. Er war von 2000 bis 2014 Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena). Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum staatliche Planung und Lenkung dazu geeignet sind, der deutschen Energiewirtschaft ein DDR-Schicksal zu bereiten.

FOTO: FRANK PETERS

Dieses Ergebnis ist ernüchternd – besonders wenn man bedenkt, welche immensen Anstrengungen und wie viel Geld wir in Deutschland in die Umsetzung der Energiewende stecken und welche Systemverwerfungen wir verursachen. So müssen aufgrund des fehlenden Netzausbaus in Deutschland Windkraftwerke im Norden abgeregelt, gleichzeitig aber konventionelle Kraftwerke im Süden und im Ausland betrieben werden, um den Strommarkt zu stabilisieren. Die anfallenden Kosten für den Stromverbraucher sind ungerne rechtfertigt hoch, das ganze Verfahren ist inakzeptabel und hat mit der effi-

zienten Umsetzung der Energiewende nichts zu tun. Auch die Kosten für die direkte Förderung von Solar- und Windstromerzeugung haben inzwischen eine Höhe von jährlich über 20 Milliarden Euro erreicht, zu denen noch die Kosten für den Netzausbau und die Systemkosten hinzu addiert werden müssen.

Das alles ist beklagenswert. Doch darüber zu lamentieren, reicht nicht aus. Eine derzeit verbreitete Reaktion in der Politik und bei Vertretern von NGOs ist es, immer radikalere Forderungen stellen, ihre Umsetzung aber auch immer weiter in die Zukunft zu verschieben nach dem Motto: Wenn wir die Ziele für 2020 schon nicht erreichen, dann beschließen wir eben eine vollständige dekarbonisierte Weltwirtschaft für das Jahr 2100.

Doch das ist eine grundfalsche Reaktion. Es ist im Gegenteil dringend erforderlich, dass die Pariser Klimakonferenz konzentriert dazu genutzt wird, die bisherige Herangehensweise zu hinterfragen und die gängigen Instrumente zum Klimaschutz auf ihre Tauglichkeit hin zu überprüfen – kurz: auf Selbstdarstellung und utopisches Geplänkel zu verzichten und stattdes-

sen die Hausaufgaben zielorientiert zu erledigen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit dem der Ausbau von Windkraftwerken und Photovoltaikanlagen gefördert wird, umfasst mittlerweile mehrere tausend unterschiedliche Förderatbestände und führt dazu, dass wir den so erzeugten Strom bereits gar nicht mehr effizient nutzen können. Auf der anderen Seite sind wir in spätestens fünf Jahren darauf angewiesen, Leistung aus Kohle- und Atomkraftwerken von unseren europäischen Nachbarn zu importieren, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das kann und darf nicht sein, weshalb jetzt dringend Kurskorrekturen vorgenommen werden müssen. Wind- und Solarkraftwerke dürfen nur noch dort und in einem Umfang hinzugebaut werden, wie sie auch ins Netz und in den Markt zu integrieren sind. Um dies zu erreichen, sind weit mehr als kosmetische Korrekturen an dem heutigen EEG erforderlich – gefragt ist ein innovativer Systemansatz, der die Realisierung tatsächlich effizienter Konzepte ermöglicht und fördert, nicht das Abregeln von Windkraftwerken.

Dafür benötigen wir nicht noch mehr Staat – dafür benötigen wir passende Rahmenbedingungen für eine innovative Energiedienstleistungswirtschaft, die eine effiziente Systemoptimierung durchführt. Dafür seien exemplarisch zwei Beispiele genannt: Auf dem Euref-Campus in Berlin-Schöneberg, auf dem ich selbst tätig bin, ist heute bereits realisiert, was bei den Klimazielen der Bundesregierung noch für Utopie gelten kann – durch hocheffiziente Bürogebäude, durch eine intelligente Systemsteuerung und durch eine hocheffiziente Kraft-Wärme- und -Kältekopplung auf Basis von Biogas in einem Blockheizkraftwerk. In das System mit eingebunden ist auch das Thema Elektromobilität, das ebenfalls über Smart-Grid-Systeme optimal mit der regenerativen Stromerzeugung verknüpft wird. Reinhard Müller, der Initiator und Chef des Euref-Campus, stellt dazu nüchtern fest, dass er nichts Neues erfunden hat, sondern nur die heute auf dem Markt verfügbaren Technologien und Verfahren in Kooperation mit innovativen Unternehmen in einem System realisiert hat – ohne staatliche Zuschüsse.

Ein weiteres Beispiel ist die Firma Getec aus Magdeburg, die – als eines der größten Contracting- und Energiedienstleistungsunternehmen in Deutschland – ihr Geld mit Energieeffizienz verdient. Kernpunkt des Geschäftsmodells ist, dass beispielsweise für Industriebetriebe nach einer individuellen Analyse der Prozessab-

läufe und des Energieverbrauchs konkrete Vorschläge zur Effizienzsteigerung entwickelt werden. Die Getec realisiert daraufhin die vorgeschlagenen Maßnahmen und übernimmt den künftigen Betrieb der Anlagen für den Kunden. Energieeinsparungen von 30 bis 50 Prozent als Ergebnis sind keine Seltenheit.

Auf diesem Geschäftsfeld sind heute bereits zahlreiche, insbesondere kleine Unternehmen aktiv, die ihr Geld mit der Realisierung von effizienten und innovativen Systemen verdienen. Die Marktchancen genau solcher Unternehmen zu stärken, wäre die dringende und vornehmliche Aufgabe der Politik – was indessen tatsächlich geschieht, ist häufig genug genau das Gegenteil. Die Politik ist der Auffassung, die drohende Zielverfehlung bei der CO₂-Reduktion sei damit zu verhindern, dass sie immer mehr staatliche Pro-

Deutschland täte besser daran, sich was den Klimaschutz angeht weniger in der Rolle des Besserwissers zu gefallen.

gramme und Instrumente entwickelt. Freilich haben diese bereits heute eine Komplexität, Unüberschaubarkeit und Undurchsichtigkeit erreicht, dass die Akteure, ebenso wie die Verbraucher, mehr verwirrt sind, als zu klimaschutzgerechtem Handeln motiviert.

Das führt nicht zuletzt auch zu dem fatalen Effekt, dass ein Großteil der Bevölkerung heute der Meinung ist, für den Klimaschutz sei in erster Linie die Politik zuständig und verantwortlich – der Staat wird's schon richten. Dass er dazu ohne die aktive Mitwirkung vieler Bürger auf ihrer jeweiligen Handlungsebene nicht imstande ist, liegt auf der Hand. Es ist daher dringend an der Zeit, von offizieller Seite alles dafür zu tun, die Energiewende als etwas zu vermitteln, das alle angeht. Nur durch eine positive Besetzung des Themas Energie- und Ressourceneffizienz und die Vermittlung der Tatsache, dass sie individuelle Vorteile für alle mit sich bringt, lassen sich die Klimaschutzziele verwirklichen – andernfalls wird das nichts bis zum Jahr 2020, und auch nicht bis 2050. ♦

Auf dem Euref-Campus in Berlin-Schöneberg, auf dem unser Autor Stephan Kohler tätig ist, bietet die Technische Universität Berlin drei Master-Studiengänge an: Energieeffizientes Bauen und Betreiben von Gebäuden, Energieeffiziente urbane Verkehrssysteme und Urbane Versorgungsinfrastrukturen. Nähere Auskunft finden Sie auf der Website energiewende-studieren.de

Die neue große Völkerwanderung

Zur aktuellen Flüchtlingsdebatte

Jens Spahn (Hg.)

Ins Offene
Deutschland, Europa
und die Flüchtlinge

Die Debatte

Europa 2015 – Millionen Flüchtlinge machen sich auf den Weg ins „gelobte Land“, Grenzkontrollen werden eingeführt, Zäune an der Außengrenze des Schengenraumes gebaut. Niemand hat noch vor Kurzem das Ausmaß dieser neuen Völkerwanderung voraussehen können. Fest steht schon jetzt: Das wird unser Land und Europa verändern. Meinungsstarke Autorinnen und Autoren stellen ihre Sicht auf die aktuelle Entwicklung pointiert dar, sie beleuchten Risiken und Chancen und wagen einen Ausblick auf die kommende Monate und Jahre.

€ 19,99 / SFr 26,90 / € [A] 20,60
ISBN 978-3-451-34995-3

HERDER
Lernen ist Leben

HERDER

www.herder.de